

Teuerung: Entwicklung und Maßnahmen

Auf Pandemie und Staatshilfen auf Kredit, auf Krieg in der Ukraine und Lieferengpässe und auf zu viel Geld am Markt folgt die Teuerung. Gegenmaßnahmen müssen Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Staatsschulden berücksichtigen. Entlastung auf der einen Seite führt zu Belastungen auf der anderen **Gerlind Robitsch**

Zuerst die Pandemie mit all ihren Auswirkungen auf Leben und Wirtschaft und jetzt der Krieg in der Ukraine, der die globalisierte Wirtschaft ins Wanken geraten lässt. Beides dringt direkt spürbar in jeden Haushalt. Eine der Folgen zweier Krisen ist die derzeit explodierende Teuerung (Inflation), die Produzenten und Konsumenten in allen Bereichen trifft. Vom Rohstoff über die Fertigung bis zum Produkt und zur Dienstleistung zieht sich der Preisantrieb durch. Etwaige Gegenmaßnahmen und Entlastungen, wie Steuerentlastungen, Einmalzahlungen, Zinserhöhungen, egal auf welcher Ebene, müssen Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Staatsschulden gleichermaßen berücksichtigen.

Eine Entlastung auf der einen Seite führt zu einer neuen Belastung auf der anderen. Und dann taucht noch die essentielle Frage auf: Wann ist für welche Maßnahme der richtige Zeitpunkt? Ein höherer Zinssatz würde Kreditnehmern den Schweiß auf die Stirn treiben, aber auch

Staaten, die die Pandemiehilfen über Kredite finanziert haben. Eine dauerhaft hohe Inflationsrate bedroht den Wohlstand und das Wirtschaftswachstum, dessen Voraussetzung der Konsum ist. Der stellvertretende Vorstand des Instituts für Volkswirtschaftslehre an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und Geschäftsführer des Kärntner Instituts für Höhere Studien (KIHS), Norbert Wohlgemuth, hat Antworten auf ein komplexes Thema, bei dem kein Schritt ohne Folgen bleiben würde.

Warum ist derzeit die Inflation so hoch? Was sind die Preistreiber?

Norbert Wohlgemuth: In Österreich betrug die Inflationsrate, d. h. der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus, im März 6,8 Prozent gegenüber März 2021. Für den Euroraum ergibt sich für denselben Zeitraum

eine Inflationsrate von 7,4 Prozent, wobei die Spannweite von 4,5 Prozent (Malta) bis 15,6 Prozent (Litauen) reicht. Mehrere Faktoren sind die „Preistreiber“: der Krieg in der Ukraine, die coronabedingten Unterbrechungen der Lieferketten sowie eine tendenzielle Abkehr von der Globalisierung, die in hohem Ausmaß eine Inflationsbremse dargestellt hatte. Die aktuellen Preistreiber sind Energie und (unverarbeitete) Lebensmittel. Leider ist mit einem raschen und substantiellen Rückgang der Teuerung nicht zu rechnen, da die Preise für Industriegüter dramatisch zunehmen und diese Preissteigerungen zeitverzögert auf die Konsumentenpreise überwälzt werden. So stieg der Produzentenpreisindex in

Preise für Industriegüter dramatisch zunehmen und diese Preissteigerungen zeitverzögert auf die Konsumentenpreise überwälzt werden. So stieg der Produzentenpreisindex in



Norbert Wohlgemuth.
© privat



ZUM THEMA

Harmonisierter Verbraucherpreisindex und Inflationsrate

Der HVPI misst die preisliche Veränderung von Produkten und Dienstleistungen, die die privaten Haushalte anschaffen bzw. in Anspruch nehmen, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum oder Vormonat. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex wird als

Inflationsrate bezeichnet. Die Inflationsrate zeigt, wie sich die Preise für Waren und Dienstleistungen im Schnitt verändern. Ein anderes Wort für Inflation ist Teuerung. Diese kann zustande kommen, wenn die Menschen mehr Geld haben als es Produkte zu kaufen gibt, beispielsweise wegen Lieferengpässen. Die Inflation führt auch zur Entwertung von Ersparnissen.

Damit geht der Sparwille bei den Menschen zurück, sie geben das Geld aus.

Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde am 1. Juni 1998 gegründet. Sie beschäftigt sich mit der Geldpolitik der europäischen Gemeinschafts-

währung und ist für die Wahrung der Preisstabilität im Euroraum zuständig. Die EZB ist die Zentralbank der 19 Länder der Europäischen Union, in denen der Euro verwendet wird. Die wichtigste Aufgabe ist es, Preisstabilität zu gewährleisten. Dazu gehört, dass die Inflation niedrig, stabil und vorhersehbar bleibt.

Deutschland um 30,9 Prozent, d. h. doppelt so stark als zur Zeit des Ölpreishocks der 1970er-Jahre. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Prognosen für das Wirtschaftswachstum deutlich nach unten geschraubt werden. Hohe Inflation, vielleicht sogar eine zweistellige, und niedriges Wirtschaftswachstum („Stagflation“) wären ein Garant für Wohlfahrtsverluste, denen die Wirtschaftspolitik nur wenig entgegenzusetzen vermag.

Wie sind die Prognosen? Ist es wirklich möglich, dass ein Kilo Brot 7 bis 8 Euro kosten wird? Was kann man dagegen tun? Wann ist der richtige Zeitpunkt, gegenzusteuern? Auf welcher Ebene, wie?

Inflation ist auch von Psychologie getrieben. Wenn sich höhere Teuerungserwartungen festigen, können sie zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Deshalb ist es wichtig, dass glaubwürdige Gegenmaßnahmen gesetzt werden. Im Euroraum ist dafür die Europäische Zentralbank (EZB) zuständig. Allerdings hat man mit Maßnahmen gegen die Inflation sehr viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen, was die wirksame Bekämpfung noch schwieriger macht. Es ist wenig verwunderlich, dass eine derartige („lockere“) Geldpolitik mittlerweile auch innerhalb der EZB immer umstrittener ist. Zentrale Maßnahmen bestehen im Beenden der Anleihekäufe (die EZB kauft sowohl Staatsanleihen als auch Unternehmensanleihen) und dem Anheben des Leitzinssatzes, d. h. des Zinssatzes, zu dem sich Geschäftsbanken Geld bei der Zentralbank leihen können.

Bringt als Ausgleich zur Teuerung beispielsweise eine Steuersenkung (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer etc.) etwas? Welche Gefahr verbirgt sich hinter Steuersenkungen?

Eine hohe Inflation trifft Menschen mit geringem Einkommen überproportional. Vor allem ältere Menschen fürchten sich sehr, weil sie häufig aus persönlicher Erfahrung wissen, welche negativen Auswirkungen starke Preissteigerungen bei lebensnotwendigen Gütern haben können. Häufig ist die Angst aber irrational. Deshalb darf von einem Sozialstaat erwartet werden, dass er Maßnahmen zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen setzt. Aus ökonomischer Perspektive sollten sol-

keit der öffentlichen Finanzen nicht mehr gegeben. Ein „Koste es, was es wolle“ kann zu einer gefährlichen Drohung den (zukünftigen!) Steuerzahlern gegenüber werden.

Was würde ein Anheben der Zinsen bringen, außer teurere Kredite, was den Mittelstand trifft bzw. den Staat, der in der Pandemie mittels Krediten gegengesteuert hat?

Zinserhöhungen sind das Standardinstrument zur Bekämpfung von Inflation. Im gegenwärtigen Nullzinsumfeld würden sie einen Schritt in Richtung Normalität signalisieren, so wie das in den Vereinigten Staaten bereits der Fall ist. Der Realzinssatz (Zinssatz minus Inflation) ist ohnehin stark negativ, d. h. Sparrer werden enteignet – Auswirkung einer vermeintlich „sozialen“ Politik. Zinsen sind der Preis des Geldes. Höhere Zinsen würden die Kapitalbildung begünstigen und Regierungen veranlassen, nicht übermäßige Defizite einzufahren. Die lange Nullzinspolitik zeigt mittlerweile sehr deutlich negative Auswirkungen, z. B. in Form hoher Immobilien- und Aktienpreise sowie einer zunehmenden Vermögensungleichheit.

Wie schnell kann sich der Finanzmarkt beruhigen, beispielsweise wenn der Krieg in der Ukraine beendet würde?

Die Finanzmärkte sind nicht besonders beunruhigt und haben sich nach dem ersten Schock bereits wieder erholt. So makaber es klingt, aber der Wiederaufbau der Ukraine nach den materiellen und menschlichen Verlusten wird von zahlreichen positiven Wirtschaftsimpulsen charakterisiert sein.



Inflation bedeutet, dass wir mehr Geld für die gleiche Menge an Gütern und Dienstleistungen in die Hand nehmen müssen. © MoneyRender/Shutterstock.com

che Maßnahmen fokussiert und mit möglichst wenig unerwünschten Nebenwirkungen verbunden sein. Direkte Eingriffe in den Marktmechanismus in Form von Höchstpreisen (z. B. „Deckel“ für Energie und Miete) sollten vermieden und Geringverdiener besser mittels direkten Einkommenszuschüssen unterstützt werden. Eine Mehrwertsteuersenkung oder eine Senkung der Mineralölsteuer würde auch Menschen zugutekommen, die darauf gar nicht angewiesen sind. Maßnahmen zum Teuerungsausgleich erhöhen aber die Verschuldung der öffentlichen Hand weiter, entweder durch höhere Staatsausgaben oder niedrigere Einnahmen, und ab einem gewissen Schuldenstand ist die Tragfähig-